

Das Projekt „Namentliche Erfassung der Opfer politischer Verfolgung 1938–1945“

In den 1990er-Jahren wurden in verschiedenen europäischen Staaten Anstrengungen zur Erfassung der Namen und wenn möglich auch Todesumstände der Opfer der Shoah unternommen, deren Ergebnisse in Gedenkbüchern¹ veröffentlicht wurden. Mit diesen Projekten sowie mit der später erfolgten Erstellung von Namensdatenbanken sollte den oft namenlos gebliebenen Opfern ihre Biographie und damit auch ihre Würde zurückgegeben werden. Die israelische Gedenkstätte Yad Vashem sammelte ihrerseits die Namen jüdischer Opfer, um sie der Welt zugänglich zu machen. Auf Anregung von Yad Vashem begann in den 1990er-Jahren das DÖW mit der vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung finanzierten Erforschung der Namen der österreichischen Opfer der Shoah. Das Projekt gelangte 2001 zu einem vorläufigen Abschluss; damals konnten rund 62.000 Namen in einer Datenbank veröffentlicht werden. Seither wurden mehr als 1000 zusätzliche Namen ergänzt, sodass die Datenbank derzeit rund 63.200 Personen umfasst.

In der Folge haben auch andere Opfergruppen Forschungen zur namentlichen Erfassung durchgeführt, zu nennen sind etwa die Projekte der Gedenkstätte Hartheim, des Kulturvereins der Roma und Sinti, die Häftlingserfassung in der KZ-Gedenkstätte Mauthausen – um nur einige österreichische Beispiele anzuführen.²

War die Größenordnung für die Zahl der österreichischen Opfer der Shoah schon in den 1960er-Jahren von Jonny Moser sehr zutreffend mit rund

- 1 Beate Klarsfeld / Serge Klarsfeld (Hrsg.), *Le Mémorial de la déportation des Juifs de France*, Paris 1979; Liliana Picciotto-Fargion, *Il libro della memoria. Gli Ebrei deportati dall'Italia (1943–1945)*. Ricerca del Centro di Documentazione Ebraica Contemporanea, Milano 1991; Serge Klarsfeld / Maxime Steinberg (Hrsg.), *Le Mémorial de la Déportation des Juifs de Belgique*, Bruxelles 1982; In *Memoriam: Gedenkbuch der Kriegsgräberstiftung*, Den Haag 1995; Institut Theresienstädter Initiative / Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Theresienstädter Gedenkbuch: Österreichische Jüdinnen und Juden in Theresienstadt, 1942–1945*, Praha 2005; Terežinská iniciativa (Hrsg.), *Terežinská Pamětní kniha*, Praha 1995; Bundesarchiv (Hrsg.), *Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945*, Koblenz 2006.
- 2 Siehe dazu Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), *Jahrbuch 2007. Schwerpunkt Namentliche Erfassung von NS-Opfern*, Wien 2007.

65.500 angegeben worden, so lagen bis zur Durchführung des vorliegenden Projektes für die Opfer der politischen Verfolgung nur auf groben Schätzungen beruhende und sich als sehr unzutreffend erwiesene Zahlenangaben vor.³ Dieser Umstand sowie die immer wieder aufflammenden Debatten um die Größenordnung des österreichischen Widerstandes gegen das NS-Regime veranlassten das DÖW 2002 – ausgehend von den im Projekt zur Namentlichen Erfassung der österreichischen Opfer der Shoah gesammelten Erfahrungen – in Kooperation mit dem Karl von Vogelsang-Institut zur Erforschung der christlichen Demokratie in Österreich (KvVI) mit dem Projekt zur Namentlichen Erfassung der Opfer politischer Verfolgung zu beginnen. Die Finanzierung der ersten Projektphase wurde vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur⁴ sowie vom Bundesministerium für Soziales und Generationen⁵ für drei bzw. vier Jahre zugesagt. Hinzu kam noch Unterstützung aus der Forschungsförderung des Nationalfonds.

Schon während dieser ersten Projektphase zeigte sich, dass die Heterogenität der Quellenbestände sowie die daraus resultierende arbeits- und zeitintensive Aufarbeitung eine Weiterführung der Arbeiten unumgänglich notwendig machten. Ein Abschluss 2005, wie er anfangs geplant war, hätte keine empirisch zuverlässigen Ergebnisse ermöglicht. Eine großzügige Unterstützung durch den Versöhnungsfonds⁶ sowie die weitere Förderung durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz und den Nationalfonds der Republik Österreich für die Opfer des Nationalsozialismus ermöglichten die Fortsetzung und den erfolgreichen Abschluss des Projektes.

Sowohl inhaltlich als auch hinsichtlich der zur Verfügung stehenden Quellen erwies sich dieses Projekt deutlich komplexer als die Forschungen zu den Namen der Opfer der Shoah. Lagen für die Mehrheit dieser Opfer vergleichsweise homogene Quellenbestände, wie z. B. die Listen mit den Namen der aus Wien Deportierten, vor, so standen für die Opfer politischer Verfolgung keine solchen umfassenden Dokumente zur Verfügung.⁷ Das Projekt konnte auf wesentliche Vorarbeiten wie das Kooperationsprojekt mit der Universität Marburg zurückgreifen, das eine Totalauswertung der ÖsterreicherInnen betreffenden

3 Siehe dazu den Beitrag Brigitte Bailer, Zur Frage nach Quantifizierungen der NS-Opfer.

4 In den Regierungen Schüssel I und Schüssel II wurden Unterrichts- und Bildungsministerium zum BM BWK zusammengelegt.

5 2012: Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz.

6 Nach der Erledigung der Auszahlung von Entschädigungsleistungen an ehemalige ZwangsarbeiterInnen übrig gebliebene Restbeträge wurden für verschiedene Projekte, unter anderem jenes des DÖW und des KvVI, zur Verfügung gestellt.

7 Siehe dazu den Beitrag Brigitte Bailer und Gerhard Ungar, Quellen und Methoden.

Verfahren vor dem Volksgerichtshof sowie den Oberlandesgerichten Wien und Graz durchgeführt hatte.⁸ Zusätzlich waren Bestände der Sondergerichte, der Gestapo, Zugangs- und Sterbebücher verschiedener Konzentrationslager (so vorhanden) auszuwerten. Ergänzend wurden umfangreiche Nachkriegsquellen wie Opferfürsorgeakten oder die Akten des 1946–1948 bestehenden überparteilichen Bundesverbands der politisch Verfolgten sowie die vom DÖW in seinem Archiv gesammelten, zumeist Einzelpersonen betreffenden Bestände durchgearbeitet. Diese Auswertung der großen Einzelquellenbestände erfolgte nach den jeweils quellenspezifischen relevanten Inhalten, die dann in elektronische Form übertragen wurden. Nach dem Abschluss der Basisdatenerfassung lag der Schwerpunkt der Arbeiten bei der Verknüpfung, Überprüfung und Auswertung des bis dahin gesammelten Materials.

Theoretische Überlegungen zur Definition der zu erfassenden Personen⁹ erfuhren in der konkreten Umsetzung ihre Limitation durch die Qualität der Quellen, insbesondere der die Konzentrationslager betreffenden Bestände. Während für das KZ Dachau, das für die österreichischen Opfer der politischen Verfolgung zentrale Lager, detaillierte Angaben u. a. auch zum Haftgrund vorliegen, konnte den Beständen aus anderen Lagern in manchen Fällen nur die Herkunft aus dem Gebiet Österreichs entnommen werden.

Im Zentrum des Projektes stand die Erfassung des Widerstandes gegen das NS-Regime. Die dazu vorhandenen Justiz- und Polizeiquellen ermöglichen aufgrund ihrer sehr konkreten, wenn auch von der Sicht der Verfolger geprägten Angaben eine detaillierte qualitative und quantitative Darstellung des Widerstandes. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, dass nicht alle in den Widerstand involvierten Personen mit den Verfolgungsbehörden in Kontakt kamen. Weder gelang es der Gestapo, ausnahmslos alle Mitglieder der Gruppen zu identifizieren, noch geriet das soziale Umfeld, der Kreis der SympathisantInnen in den Fokus der Polizei, worauf sowohl Wolfgang Neugebauer als auch Johannes Schönner in ihren Beiträgen zu Recht hinweisen.¹⁰

8 Siehe dazu den Beitrag Wolfgang Neugebauer, *Der österreichische Widerstand 1938–1945*, sowie Wolfgang Form und Ursula Schwarz, *Österreichische Opfer der NS-Justiz*.

9 Siehe dazu den Beitrag Winfried R. Garscha und Claudia Kuretsidis-Haider, „Politische Verfolgung“ – Zur Historiographie der Kategorisierung der Opfergruppen.

10 Neugebauer, *Widerstand*; Johannes Schönner, *Katholikinnen und Katholiken in Widerstand und Verfolgung*.

11 Bisher erschienen die Dokumentationen Wien (3 Bände, 2. Aufl. Wien 1984), Niederösterreich (3 Bände, Wien 1987), Oberösterreich (2 Bände, Wien 1982), Salzburg (2 Bände, Wien

Das DÖW ging in seinen Arbeiten, insbesondere in den Dokumentationen zu Widerstand und Verfolgung in den österreichischen Bundesländern¹¹ stets von einem breiten, auf den Linzer Historiker Karl R. Stadler zurückgehenden Begriff von Widerstand aus und berücksichtigte verschiedene Gruppen von Verfolgten lange, bevor diese in den Fokus der öffentlichen und der historischen Aufmerksamkeit gerieten.¹² Neben Verfolgung aufgrund der politischen Haltung der Opfer, also politischer Verfolgung im engeren Sinne, müssen auch jene polizeilichen und gerichtlichen Repressionen Berücksichtigung finden, die einerseits Tatbestände betreffen, die in demokratischen Rechtsstaaten keinerlei Unterdrückung unterliegen, wie beispielsweise abfällige Äußerungen über Regierung oder Verwaltung, andererseits über das in demokratischen Rechtsstaaten übliche Maß an Qualität der Strafe hinausgehen, wie KZ-Haft aufgrund der sexuellen Orientierung oder Todesstrafe für Delikte der Kleinkriminalität. Garscha und Kuretsidis-Haider verweisen in diesem Zusammenhang auf die ständige Erweiterung von Tatbeständen sowie die Politisierung der Kleinkriminalität durch die nationalsozialistische Strafjustiz.

Die zunehmende Vielfalt der verfolgten Delikte bzw. Taten dokumentieren für weite Teile die Tagesberichte der Gestapo, in denen detailliert Tatbestände sowie verfolgte Personen aufgelistet werden.¹³ Vor allem die Gestapo, in geringerem Maße auch die Kriminalpolizei bildeten das Eingangstor in das nationalsozialistische Terrorsystem. Von dort ging der Weg der Opfer zur Justiz oder in das KZ-System – entweder durch unmittelbare Einweisung durch die Gestapo oder aber nach einer Rücküberstellung dorthin im Anschluss an die Verbüßung einer gerichtlichen Strafe. Die Zuständigkeit der Gestapo erstreckte sich neben diversen politischen NS-spezifischen Delikten auch auf die Verfolgung von Arbeitsdelikten, Sabotage und Vergehen gegen kriegswirtschaftliche Zwangsmaßnahmen, wie z. B. die Nichtmeldung von Viehschlachtungen („Schwarzschlachten“). Neugebauer et al. verweisen in ihrem Beitrag „Die Gestapo als zentrales Instrument des NS-Terrors in Österreich“ aber auch auf den Beitrag

1991), Tirol (2 Bände, Wien 1984), Burgenland (1 Band, Wien 1983). Die Dokumentation zur Steiermark ist derzeit in Bearbeitung.

12 Zur Entwicklung des Widerstandsbegriffs in Österreich und Deutschland siehe Wolfgang Neugebauer, Zur Geschichte der Widerstandsforschung.

13 Die – zum Großteil im DÖW vorliegenden – Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien wurden in der Internet-Edition „Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert Online“ publiziert. Für die Edition konnten 741 Tagesrapporte mit 5742 Seiten ausgewertet werden. Etwa 70 Rapporte sind verschollen. Die digitalen Faksimiles sind im Volltext durchsuchbar und über einen Personen- und Sachindex erschlossen. Brigitte Bailer / Wolfgang Form (Hrsg.), Tagesrapporte der Gestapoleitstelle Wien 1938–1945, Berlin 2009.

von DenunziantInnen und Spitzeln an der Verfolgung des organisierten sowie auch des Widerstandes von Einzelpersonen. Der Mythos der Omnipräsenz und Allwissenheit der Gestapo beruhte vorwiegend auf den Informationen, die sie durch Zuträger erhielt. Einer vergleichsweise sehr kleinen Gruppe von Spitzeln gelang so die Aufrollung fast des gesamten organisierten Widerstandes, der vor allem durch Senate des Volksgerichtshofs sowie der Oberlandesgerichte Wien und Graz abgeurteilt wurde. Weniger schwere politische Delikte, wie Verstöße gegen die Rundfunkverordnung („Abhören ausländischer Sender“), das Heimtückegesetz oder Verstöße gegen die sogenannte „Volksschädlingsverordnung“¹⁴ fielen in die Zuständigkeit der Sondergerichte. Wehrmachtsangehörige wurden von der Militärjustiz abgeurteilt, SS- und Polizeigerichte urteilten über ihre eigenen Mitglieder bzw. Mitarbeiter.¹⁵

Ein wesentliches Instrument zur Verfolgung politischer GegnerInnen sowie unerwünschten Verhaltens stellte das System der Konzentrationslager dar. Bereits am 1. April 1938 verließ der erste Transport mit politischen Gegnern des NS-Regimes sowie Funktionären der Israelitischen Kultusgemeinde Wien mit dem Ziel KZ Dachau. Dieses Lager sollte auch in den Folgejahren der wichtigste Haftort für politische nicht-jüdische Häftlinge aus dem österreichischen Gebiet bleiben. Österreichische nicht-jüdische Häftlinge waren weiters in den KZ Mauthausen, Buchenwald, Flossenbürg, Sachsenhausen und Neuengamme inhaftiert, Frauen im KZ Ravensbrück. Einige hundert ÖsterreicherInnen waren in anderen Lagern, wie Natzweiler, Groß-Rosen, Majdanek, Stutthof u. a., sowie in Auschwitz inhaftiert. Dort spielte die kleine Gruppe der Österreicher rund um Hermann Langbein eine besondere Rolle im Rahmen des Häftlingswiderstandes.¹⁶ Aufgrund der Ergebnisse des vorliegenden Projektes kann von einer Gesamtzahl von rund 11.000 ÖsterreicherInnen ausgegangen werden, die aus politischen Gründen in einem Konzentrationslager inhaftiert gewesen waren. Die Mortalität in den Lagern entspricht einerseits der Situation der einzelnen Häftlingsgruppen in der Lagerhierarchie, andererseits der Situation in den einzelnen Lagern. So wiesen im KZ Dachau die sogenannten Bibelforscher („Zeugen Jehovas“) die höchste Sterblichkeit auf, wie Gerhard Ungar in sei-

14 Diese betraf Wirtschaftsdelikte, vor allem aber Kleinkriminalität, wie den Diebstahl von Postpäckchen, der mit dem Tod geahndet werden konnte.

15 Siehe den Beitrag Form / Schwarz, NS-Justiz.

16 Jüngst dazu erschienen: Katharina Stangl, Hermann Langbein. Ein Auschwitz-Überlebender in den erinnerungspolitischen Konflikten der Nachkriegszeit, Frankfurt/M.–New York 2012, S. 46–51; Brigitte Halbmayr, Zeitlebens konsequent. Hermann Langbein. Eine politische Biographie, Wien 2012.

17 Gerhard Ungar, Die Konzentrationslager.

nem Beitrag¹⁷ feststellt, über die Lager hin gesehen war die Mortalitätsrate der nicht-jüdischen österreichischen Häftlinge im KZ Mauthausen, dem Lager der „Stufe 3“, am höchsten.

Über das gesamte Projekt hin gesehen kamen mit Abstand die meisten der politisch Verfolgten (4313) in einem Konzentrationslager ums Leben, deutlich weniger (2146) in einer Justizanstalt. Bei rund drei Viertel der Opfer war eine Zuordnung nach Verfolgungsgrund möglich, 66 Prozent von diesen waren aus politischen Gründen im engeren Sinne in die Mühlen des NS-Verfolgungsapparates geraten. Eine detailliertere politische Zuordnung auf Basis der Justiz- und Gestapounterlagen ergab eine deutliche Mehrheit für Angehörige der Arbeiterbewegung, wobei aus den von Neugebauer dargelegten historischen Gründen diese der Kommunistischen Partei zugeordnet werden können.¹⁸ Nur 7 Prozent der Todesopfer politischer Verfolgung waren Frauen, von der Gestapo erfasst wurden insgesamt 19 % Frauen, die meisten von diesen kamen aus dem katholischen Milieu. Rund 80 Prozent der Opfer waren im besten Erwachsenenalter (26–55 Jahre), aber immerhin 12,7 Prozent der Ermordeten bzw. Hingerichteten waren junge Menschen im Alter zwischen 16 und 25 Jahren.

In regionaler Hinsicht stammten – im Verhältnis zur Bevölkerungszahl gesehen – die meisten Opfer aus Kärnten, gefolgt vom Burgenland und Wien. Die hohe Zahl der Kärntner dürfte den Opfern aus dem Widerstand der Kärntner SlowenInnen geschuldet sein.

Insgesamt konnten im Rahmen des Projektes rund 8000 Todesopfer politischer Verfolgung namentlich erfasst werden. Da die Akten der Militärgerichte nicht vollständig erfasst werden konnten – sie liegen in verschiedenen Archiven Europas, zahlreiche der Akten sind infolge der Kriegseignisse auch nicht mehr auffindbar –, ist in dieser Zahl nur ein Teil der Opfer der Militärgerichtsbarkeit enthalten. Aufgrund von Hochrechnungen muss daher die Gesamtzahl der Todesopfer politischer Verfolgung mit rund 9500 Personen angenommen werden. Infolge der unübersichtlichen Quellenlage kann keinesfalls von einer Vollständigkeit der Datenbank ausgegangen werden. Die BearbeiterInnen hoffen, dass Meldungen über nicht erfasste Opfer sowie allenfalls neue Dokumente Ergänzungen ermöglichen werden, wie dies auch bei der Datenbank zu den österreichischen Holocaustopfern der Fall war.

Zu gewärtigen ist, dass die erfassten Toten nur einen kleinen Teil der im Widerstand tätigen oder politisch Verfolgten Menschen darstellen. Neugebauer schätzt unter Berücksichtigung verschiedener Quellenbestände¹⁹, dass insge-

18 Neugebauer, Widerstand.

19 Ebenda, S. 39.

samt rund 100.000 ÖsterreicherInnen in der einen oder anderen Form in den Widerstand involviert waren.

Unter Berücksichtigung aller Opfergruppen (Juden und Jüdinnen, Roma und Sinti, Opfer der NS-Euthanasie, politisch Verfolgte) muss von mindestens 110.000 österreichischen Todesopfern der NS-Verfolgungen ausgegangen werden.²⁰

Abschließend ist den Förderern des Projektes, vor allem dem Österreichischen Fonds für Versöhnung, Frieden und Zusammenarbeit (heute: Zukunftsfonds), dem Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus und dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zu danken, ohne deren Unterstützung diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre. Zahlreiche Institutionen – Archive, KZ-Gedenkstätten, Gerichte – stellten Unterlagen bzw. Daten zur Verfügung, die eine wesentliche Basis zur Erfassung der Namen darstellten, wir danken den Verantwortlichen in diesen Institutionen für diese Hilfe, Letztere sind im Abschnitt „Projektdateien“ ebenso wie die MitarbeiterInnen und BeraterInnen namentlich genannt. Die Durchführung des Projektes lag in den Händen von Dr. Johannes Schöner und Dr. Gerhard Ungar – ihnen gilt unser besonderer Dank.

Priv.-Doz. Dr. Helmut Wohnout
Karl von Vogelsang-Institut

Hon.-Prof. Univ.-Doz. Dr. Brigitte Bailer
Dokumentationsarchiv des
österreichischen Widerstandes

Wien, im Jänner 2013

20 Brigitte Bailer / Gerhard Ungar, Die Zahl der Todesopfer politischer Verfolgung – Ergebnisse des Projekts, S. 12.